Gestatten,

Baden-württembergische Sommerakademie

Energiewende

Dokumentation

Version 1.0.
19.09.2013

Die Sommerakademie Energiewende 2013 ist eine Veranstaltungsreihe der Landesvertretung Baden-Württemberg

Ansprechpartner:
Tobias Rohrberg
Beauftragter für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
Landesvertretung Baden-Württemberg
Tiergartenstr. 15
10785 Berlin
tobias.rohrberg@lvtberlin.bwl.de

Tel.: 030 25456 - 233

Workshop I

Braucht die Energiewende einen energie- und wirtschaftspolitischen Masterplan?

Soll die Energiewende zentral gesteuert oder dezentral entwickelt werden? Liegt in diesem nationalen Umbauprojekt nicht zugleich die Chance, monopolistische Wirtschaftsstrukturen durch vielfältige Wirtschaftsakteure zu ersetzen? Welche Rolle können Bürgerenergiegenossenschaften dabei spielen? Oder bedeutet der Ruf nach der Dezentralität letztendlich nichts anderes als eine Zersplitterung, ein kontraproduktives Autarkiestreben und ein Verheddern im „Kleinklein"?

Skepsis gegenüber Masterplänen - Die Diskussion war geprägt von allgemeiner Skepsis, was potentielle Masterpläne angeht. Keinesfalls könnten dies theoretische und unflexible Vorgaben auf lange Zeit sein. Die Erfahrung zeige, dass der kurz- und mittelfristige Steuerungsbedarf, um auf sich stetig ändernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu reagieren, nicht zu unterschätzen sei. Die Teilnehmer_Innen sprachen sich für eine konsensuale und pragmatische Herangehensweise bei der Energiewende aus, die es ermögliche, auf Innovationen und Entwicklungen zu reagieren.

Ziele definieren - Entscheidend ist für eine lernende und flexible Umsetzungsstrategie der Energiewende die Einigung auf und die Formulierung von klaren und verlässlichen Zielen der Energiewende.

Schlüsselrolle der Länder - Den Ländern kommen nach Auffassung der Teilnehmer_Innen individuell und in ihrer Gesamtheit – auch im Rahmen ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten an der Rechtssetzung über den Bundesrat – Schlüsselrollen zu. Diese gelte es zu nutzen, sowohl koordinierend und leitend in Bezug auf Regionen und Kommunen, wenn es um den Ausbau erneuerbarer Energien geht, als auch gegenüber dem Bund. Man war sich weitgehend einig, dass auf Länderebene vorbereitete und einvernehmlich in Verhandlungen mit dem Bund eingebrachte Vorschläge die größeren Chancen auf Verwirklichung haben als vom Bund vorgeschlagene Regelungen. Hier sieht der Workshop Handlungsbedarf und Chancen auf rasche Erfolge.

Verlässlichkeit gefordert – Entscheidend für die Akzeptanz der Energiewende scheint dem Workshop die politische und wirtschaftliche Verlässlichkeit der getroffenen Bedingungen und Regelungen. Planungssicherheit für Wirtschaft und Bürger sind Grundvoraussetzungen für den Erfolg des Umbaus.

Dezentralität ist kein Selbstzweck – Die dezentrale Erzeugung von elektrischer Energie ist wünschenswert und unter den derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch ein unumkehrbarer Prozess, aber nicht das einzige Mittel der Wahl. Ballungsräume werden auch künftig durch Energiezentralen versorgt werden müssen; nach Möglichkeit ohne fossile Energieträger. Dem muss der Netzausbau in den kommenden Jahren Rechnung tragen.

Bürger besser informieren - Durch bessere Information der Bürger lassen sich weitere kommunale Investitionsprogramme anregen, monetäre Teilhabe Einzelner bei konkreten EE-Projekten gewährleisten und der dezentrale Ausbau weiter verstetigen. Die Energiewende sollte als Gemeinschaftsaufgabe und gemeinschaftliches Projekt verstanden werden. Dabei spielt die Rückbesinnung auf ihre eigentlichen Anlässe und Auslöser (Klimaschutz, Ressourcenschonung) eine wichtige Rolle. Derzeit überwiegt in der allgemeinen Wahrnehmung der wirtschaftliche Aspekt der

Energiewende. Wichtig ist hier die Verknüpfung von Strom- und Wärmeproduktion sowie von Verkehr als gleichwertige Teilbereiche der Energiewende. Auch Energieeinsparpotentialen sollte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Energieministerien als Option – Eigene Energieministerien auf Bund- und Länderebene halten die Teilnehmer_Innen nicht für zwingend notwendig. Sie sind theoretisch wünschenswert, in der Praxis jedoch schwer zu realisieren. Wenn man sie einrichtet, sollten sie auf den politischen Ebenen spiegelbildlich existieren (z.B. innerhalb Koalitionen). Die Bündelung von Zuständigkeiten in einem Ministerium bleibt ein organisatorisches und verwaltungsmäßiges Konstrukt, wenn nicht zu gleich auf der politischen Ebene die Verantwortlichkeiten gebündelt werden.

Europäische Dimension einbeziehen – Gerade beim Netzausbau und dem Ausbau des Kraftwerkparks in Deutschland sollte die europäische Dimension im Blick behalten werden. Ein europäischer Strommarkt sollte weiterentwickelt werden. Grenzüberschreitende Speicher- und Pufferpotentiale können schwankende Produktions- und Bedarfsmengen in Deutschland ausgleichen.

Workshop II

Wie viel Klimaschutz verträgt ein „Autoland“ oder wie viel braucht es?

Das Klima schützen wollen wir alle, aber wenn es konkret wird, treffen klima-, wirtschafts-, industrie- und umweltpolitische Ziele aufeinander. Ist das Mantra von der „Grünen Wirtschaft“, in der sich die unterschiedlichen Zielsetzungen harmonisch miteinander vereinen und sich sogar am Ende des Tages damit „schwarze Zahlen“ schreiben lassen, nur ein Mythos? Setzen sich die Industrie und Wirtschaft mit ihren Vorstellungen letztendlich nicht immer durch, weil sie auch auf ihre Rolle als Jobmotor und Wohlstandträger hinweisen? Wie viel Klimaschutz wollen wir und wie viel können wir uns leisten?

Mehr Klimaschutz ist heute schon machbar – Technisch sind die EU-Flottengrenzwerte, die ab 2020 erst gelten heute schon erreichbar; so die Auffassung vieler Teilnehmer des Workshops. Allerdings tue die Automobilindustrie nicht genug. Die Diskussion um die Anrechnung von „Super Credits“ auf den Flottenausstoß bremse die Entwicklung neuer und wirtschaftlich vielversprechender Technologien. Vertreter der Autoindustrie im Workshop bestehen allerdings auf Anreizsystemen, die international gleich sein sollten.

Autoindustrie sollte ambitionierter sein – Die Autoindustrie sollte nach Ansicht vieler Teilnehmer des Workshops ambitionierte CO_2-Standards nicht als „besorgniserregend“ begreifen, sondern als Herausforderung akzeptieren! Gerade die Hersteller von Modellen im Premium-Segment in Baden-Württemberg sollten Klimaschutzforderungen annehmen und offensiv entsprechende Technologien entwickeln. Jüngere Studien belegen, dass durch ambitionierte Grenzwerte auch Verbesserungen an den herkömmlichen Antriebssystemen durch innovative Technik und die Entwicklung alternativer Antriebssysteme befördert und so Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können.

Internationale Konkurrenz schläft nicht beim Klimaschutz – Die Autoindustrie steht mehr als andere Wirtschaftszweige im internationalen Wettbewerb. Im weltweiten Markt müssen Produkte sich rasch verändern, um dem globalen Anspruch gerecht zu werden (Bsp. Regulierung bei Luftschadstoffen in China). Deshalb sollten besonders Hersteller aufwändiger und anspruchsvoller Automobile bei der Reduktion von CO_2-Emissionen Vorreiter sein, denn die internationale Konkurrenz wird mit klimafreundlicheren Modellen versuchen, Marktanteile zu erobern. Deutschlands Innovationsvorsprung sollte nicht aufgegeben werden.

Klimaschutz lohnt sich für Verbraucher, Gesellschaft und Wirtschaft – für Investitionen von 1000 € in klimafreundlichere PKW (bei einem Grenzwert von 95 g/km) können Verbraucher pro Jahr 300 € bis 400 € an Treibstoffkosten sparen. Diese Einsparpotenziale beziehen sich auf heute schon verfügbare also schnell umsetzbare Technologien. Finanzielle Einsparungen vor allem bei absehbar teurer werdenden Ölimporten ließen sich für Investitionen bei Herstellern und Zulieferern nutzen. Auch neue Geschäftsmodelle sollten angedacht werden.

Klimafreundlichkeit ist technisch aufwändig – Die Autoindustrie steht bei der Produktion klimafreundlicherer Wagen vor der Entscheidung, welcher Technologie bei den volumenstarken Modellen die Zukunft gehört. Paralleles Entwickeln und Vorhalten der Verbrennungs-, der Elektro- und der Hybrid-Technik sei aber teuer, betonen Vertreter der Automobilindustrie. Bei konventionellen Antrieben wie dem Verbrennungsmotor sind die technischen Potentiale noch längst nicht

ausgeschöpft. Der Betrieb mit klimaneutral erzeugtem Treibstoff hingegen scheitert derzeit noch an hohen Kosten.

CO_2-Einsparungen pro PKW werden abnehmen – in den vergangenen fünf Jahren hat die Reduktion des CO_2-Ausstoßes pro PKW und Kilometer durch technische Weiterentwicklungen um 4% pro Jahr abgenommen. Damit ist für die Zukunft nicht mehr zu rechnen, weil die naheliegenden und schnell zu verwirklichenden Potentiale ausgeschöpft sind. Die Einsparraten werden zukünftig langsamer wachsen.

Dienstwagenprivilegien abbauen und Instrumente kombinieren– mehrheitlich sprach sich der Workshop dafür aus, bei der Absetzbarkeit von Dienstwagen die Umweltverträglichkeit deutlich stärker zu berücksichtigen. Eine Kombination aus Regulierung (Flottengrenzwerte), einer strikteren Koppelung der Kfz-Steuer an die Höhe des CO_2-Ausstoßes und verbesserte Verbrauchskennzeichnung bei Pkw seien auch in Deutschland dringend nötig. Andere Länder seien damit bereits erfolgreich.

Hersteller werden mehr und mehr zu Mobilitätsanbietern – Die klassischen Automobilhersteller im Volumengeschäft werden sich mehr und mehr wandeln zu Mobilitätsanbietern. Car-sharing, neue Leasing-Modelle und Pauschal-Versorgung mit Mobilitätsdienstleistungen und klimaneutralen Treibstoffen werden schon punktuell erprobt und angeboten. Das sei zu fördern, so die mehrheitliche Auffassung des Workshops.

Rahmenbedingungen müssen verlässlich sein – Wenn künftig Mobilität mehr und mehr als Gesamtsystem von Mobilitätsdienstleistungen jenseits des reinen Individualverkehrs begriffen wird, dann müssen auch die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen klar und verlässlich formuliert werden. Die Politik sollte technologieneutrale Leitplanken setzen, sie allerdings auch flexibel an neue Gegebenheiten anpassen. Regulierung muss dabei dynamisch erfolgen. Aus verständlichen Gründen ist der Sorge der Industrie um Investitions- und Planungssicherheit Rechnung zu tragen. Dieser Umbau-Prozess dürfte ein bis zwei Jahrzehnte dauern.

Workshop III

Mit welchen Prinzipien und welchen Strukturen wird die Energiewende ein Erfolg?

In der nächsten Legislaturperiode soll die Förderung der erneuerbaren Energien grundlegend reformiert werden. Das haben sich alle Parteien auf die Fahnen geschrieben. Braucht es für das Gelingen der Energiewende jedoch vorrangig nicht auch neue Verwaltungsstrukturen und neue Modelle des Politikmanagements? In dem Workshop sollen neue Ansätze des Politik– und Verwaltungsmanagements sowie neue und bestehende Förderprinzipien diskutiert und dabei auch ein Blick über den nationalen Tellerrand hinaus nach Europa geworfen werfen.

Energiepolitik braucht klare Strukturen – Nur mit klaren Strukturen und Zielvorgaben kann die Energiewende ein Erfolg werden. Eine Mischung aus Gesprächskreisen und -plattformen in den für die Energiepolitik zuständigen Bundesministerien, ergänzt durch Spitzengespräche im Kanzleramt, hält der Workshop für nicht ausreichend.

Die Energiewende krankt an mangelnden Zielvorgaben – Wichtig für den Erfolg der Energiewende sind klare und verlässliche Zielvorgaben. Der Workshop vermisst auf Seiten der Politik die nötige Entschlossenheit. Wichtig ist auch eine klar formulierte Zielhierarchie. Nur so kann ein stringentes Projektmanagement erfolgen. Außerdem brauchen Bund, Länder und Kommunen eindeutig geregelte Zuständigkeiten.

Transformation der Energiewende vom deutschen zum europäischen Projekt – Nur im Verbund mit den europäischen Staaten kann die Energiewende ein Erfolg werden. Schon aus technischen Gründen (z.B. grenzüberschreitende Stromnetze) kann es keine deutsche „Insellösung“ geben. Allerdings ist damit zu rechnen, dass andere Staaten mit Blick auf die Erfüllung internationaler Klimaabkommen energiepolitisch andere Antworten als Deutschland geben. Bislang wird die europäische Dimension des Projektes in Politik und Medien weitgehend ausgeblendet.

Kooperation statt Dominanz - Die Größe des deutschen Strommarktes bringt die Netzstrukturen der kleineren Nachbarstaaten des Öfteren an ihre Grenzen. Ein partnerschaftlicher Interessensausgleich wäre die bessere Lösung. Zudem könnte Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Verwirklichung einer internationalen Energiewende zufallen.

Die Energiewende braucht flexible Zielanpassungen – Ab wann die Energiewende als Erfolg verzeichnet wird, kann nicht ein für alle Mal beantwortet werden. Vielmehr bedarf es eines „lernenden Systems“. Dazu müssten gegebenenfalls klimapolitische Zielvorgaben entsprechend der Entwicklungen korrigiert werden. Anstatt die Zielwerte in den Vordergrund zu stellen, sprach sich der Workshop für eine Fokussierung auf die Wirksamkeit der Mittel aus.

Motivation der Energiewende immer wieder verdeutlichen – Voraussetzung für die Akzeptanz und die Verwirklichung der Energiewende ist nach Auffassung der Teilnehmer_Innen, die Beweggründe für das Projekt immer wieder zu verdeutlichen. Die Emissionsminderung steht an erster Stelle, weil sie langfristig existenzgefährdend ist. Allerdings ist es mit der Umstellung unserer

Stromversorgung auf erneuerbare Quellen nicht getan. Die Energiewende umfasst auch im internationalen Kontext die Bereiche Wärme und Verkehr, Effizienz und Einsparung.

Workshop IV

„Energy Bill Revolution“ - Wie kommen wir zu bezahlbaren Strompreisen? Was hilft den Verbrauchern?

In Großbritannien zielt die Kampagne „Energy Bill Revolution“ darauf ab, Staatseinnahmen aus dem europäische Emissionshandel und der britischen CO2-Steuer für Energieeffizienzmaßnahmen bei einkommensschwachen Haushalten aufzuwenden. Vor ähnlichen Fragen stehen wir in Deutschland auch: Verschärfen energetische Sanierungen soziale Schieflagen auf dem Wohnungsmarkt? Sind stromsparende Elektrogeräte ein Luxusgut? Fakt ist: Die Energiekosten steigen gerade bei Verbrauchern mit geringem Einkommen überproportional. Wer ist eigentlich der (soziale) Gewinner und wer der Verlierer der Energiewende? Und braucht Deutschland auch eine „Energy Bill Revolution“?

Strompreisdiskussion erweitern – Die Diskussion um die Strompreise lenkt nach Auffassung einiger Teilnehmer des Workshops vom eigentlichen Problem ab: Eine umfassende Diskussion um Energiepreise ist nötig. Strom macht nur den geringeren Teil der Energiekosten eines Haushalts aus; der größte sind die Heizkosten (in Deutschland ca. 64%). Nichtsdestotrotz sprachen sich verschiedene Experten dafür aus, die Kosten der Energiewende in Zukunft wieder gerechter gesellschaftlich zu verteilen und sowohl die Offshore-Risiko-Absicherungs-Umlage als auch die Befreiungen bei den Netzentgelten und der EEG-Umlage konsequent zu begrenzen.

Hohe Energiepreise durch Import-Abhängigkeiten – Bei den Energiepreisen zeigt sich exemplarisch die Gefahr der Abhängigkeit von Importen und - in der Zukunft - der Endlichkeit fossiler Energiequellen. Bereits jetzt fallen in Deutschland 13,8 % der Haushalte unter den Begriff der ‚Energiearmut‘ (das sind Haushalte, die mehr als 10% ihres Einkommens für Energie aufwenden müssen) – Tendenz steigend. Am Beispiel Großbritanniens zeigt sich, wie sehr steigende Energiepreise (dort um 10% / Jahr) gesellschaftlich destabilisierende Folgen haben können.

Energiearmut erfordert ein breites Maßnahmenbündel: Rund 16 Mio. Menschen sind in Deutschland von Energiearmut bedroht (darunter Leistungsempfänger aber auch Stundent_Innen, Azubis, Geringverdiener, Rentner_Innen unterhalb der Grundsicherung). Neben der Anpassung von Regelsätzen und Wohngeld wurden im Workshop als nachhaltige Maßnahmen insbesondere der Ausbau von Anreizsystemen und Beratungsstrukturen zum Energiesparen diskutiert. Als Beispiele wurden genannt das Micro-Contracting für Energieeffizienzmaßnahmen in privaten Haushalten bzw. Wohngebäuden, das im Industriebereich bereits gängige Praxis ist, finanzielle Anreize für die Anschaffung effizienter Geräte sowie steuerliche Anreize für Investitionen in Energieeffizienz.
Bei all diesen Maßnahmen kommt es aber insbesondere darauf an, dass sie in Zukunft aus dem Status einzelner best-practice-Modelle in die breite gesellschaftliche Fläche überführt werden.

Gegenmaßnahmen vorgeschlagen - Die vom internationalen think tank E3G für Großbritannien vorgeschlagene „Energy Bill Revolution“ versucht, die der schlechten Dämmung der meisten Häuser und ihrer Einfachverglasung geschuldete Energieverschwendung zu bekämpfen. Die Kampagne schlägt vor, Einnahmen aus CO2-Steuern (4,8 Mrd. €/Jahr) nicht dem Staatshaushalt zuzuschreiben, sondern gezielt in Dämm-Maßnahmen zu investieren. Die Initiative stößt auf breite ge-

sellschaftliche Akzeptanz und auf Zustimmung durch die wesentlichen britischen Parteien. Man rechnet mit deutlichen Profiten in der Wirtschaft und neuen Arbeitsplätzen in der Sanierungsbranche.

Neue Dämmtechniken noch zu wenig bekannt - Die Strompreisdiskussion in Deutschland darf die Energiewende insgesamt nicht diskreditieren. Besonders im Bereich der Wärmedämmung bieten Industrie und Mittelstand ein erhebliches Innovationspotential. Das Wissen auf Seiten von Fachleuten und besonders auf Seiten sanierungswilliger Bauherren um neue Techniken der Dämmung von Bestandsgebäuden ist noch unzureichend und sollte mittels Anreizen ausgebaut werden. Dies könnte neuen Schub bei der Wärmedämmung erzeugen.

Gesellschaftliche Veränderungen aktiv gestalten – Die Energiewende in Deutschland hat nicht nur strukturelle, sondern auch individuelle Veränderungen zur Folge. Allerdings sind solche Verhaltensänderungen besonders schwer zu erzielen - Strom- und Heizkostensparen sind noch nicht genügend verbreitet als wichtige Bausteine zu einer funktionierenden und preiswerten Energieversorgung. Die Verbraucher machen trotz medialer Aufklärung noch zu wenig Gebrauch von Wechselmöglichkeiten der Versorger. Verbrauchsabrechnung in kurzen, etwa monatlichen Abständen, könnten das Kostenbewusstsein signifikant erhöhen. Darüber hinaus sollte die Kennzeichnung von Geräten und Produkten weiterentwickelt und die Marktüberwachung verbessert werden.

Emissionshandel wiederbeleben – Der Workshop sprach sich dafür aus, den europäischen Emissionshandel über die Verringerung der Zertifikate und die Erhöhung ihrer Preise wieder zu beleben und als Steuerungselement zu nutzen.

EU-Binnenmarkt auch für Verbraucher nutzen – Bislang steht beim Strom der EU-Binnenmarkt nur Großverbrauchern zu Verfügung. Börsenzugänge sind Individualverbrauchern nicht möglich. Anzudenken wären Energie-Einkaufsgenossenschaften, welche die Vorteile des Stromhandels über die Strombörse wahrnehmen und weitergeben können.

Energiemarkt umbauen: Umstritten war in der Diskussion, inwieweit der Umbau der Energiemärkte, um flexibles Verbrauchsverhalten, Eigenproduktion- und Verbrauch sowie Speicher angemessen zu honorieren, zur erfolgreichen Realisierung der Energiewende beitragen kann. Insbesondere vor dem Hintergrund stetiger Energiebedürfnisse großer Unternehmen, wurde die Praktikabilität entsprechender Strategien kontrovers diskutiert.

Regionale Initiativen bieten Chancen – Besonders regionale Energieagenturen können beim Energiesparen durch Information und durch Praxisbeispiele helfen. Gute Beispiele für zielgruppenspezifische Ansprachen finden sich in NRW und in Baden-Württemberg.

Workshop V

Bürgerbeteiligung - Die Energiewende, umso schneller, umso besser?

Aus dem windreichen Norden muss der (Offshore-) Windstrom in die verbrauchstarken Zentren im Süden. Die entsprechenden Leitungen müssen zügige ausgebaut werden, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Steht der Zeitdruck aber nicht im Widerspruch zu dem Anspruch nach einem transparenten Beteiligungsprozess, der Veränderung der Planung noch zulässt? Wie kann der mögliche Zielkonflikt zwischen Schnelligkeit und Gründlichkeit aufgelöst werden?

Elemente der Direktentscheidung bundesweit voranbringen – Der Teilnehmer_Innen des Workshops halten bundesweit gleichermaßen gültige Mechanismen direkter Bürgerbeteiligung für wünschenswert. Bislang sind solche Möglichkeiten von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt. Bundesweite Regelungen könnten signalisieren, dass aktive Teilnahme an Willensbildungsprozessen bei infrastrukturellen Großprojekten erwünscht ist.

Rolle der Parlamente nicht beschädigen – Die Ergänzung der üblichen Planungs- und Entscheidungswege durch plebiszitäre Elemente darf nicht zu einer Schwächung der parlamentarischen Zuständigkeiten und Mandate führen. Letztentscheidungen müssen von den auf den jeweiligen politischen Ebenen Gewählten getroffen werden. Allerdings fördert ein Engagement in Initiativen auch verstärkt politisches Interesse und Partizipation.

Möglichst frühe Bürgerbeteiligung bei Großprojekten – Bürger_Innen sollten möglichst früh - noch zum Zeitpunkt von Raumordnungsverfahren - in die planerischen Überlegungen einbezogen werden. Frühzeitige Kommunikation und permanente Transparenz im Laufe der weiteren planerischen Prozesse spielen Schlüsselrollen im Dialog mit dem Bürger.

Bürger_Innen über Mitgestaltungsmöglichkeiten informieren – Bürger_Innen gehen vielfach von falschen Erwartungen aus, was ihre direkten Möglichkeiten der Mitgestaltung und besonders der Entscheidung angeht. Hier sollte frühzeitig realistisch aufgeklärt werden, um Missverständnisse zu vermeiden. Neben formeller kann der Einsatz informeller Beteiligungsmöglichkeiten, vor allem bei beschlossenen Projekten, einen zielführenden Dialog herbeiführen. Dabei ist Grundvoraussetzung, dass die Zielsetzung des Beteiligungsprozesses konstruktiv verfolgt wird, und weder durch Komplettverweigerer noch durch politische Entscheidungshoheit dominiert wird.

„Zufallsbürger_Innen“ einbeziehen – Die Einbeziehung von sogenannten „Zufallsbürger_Innen“ in konzeptionelle Prozesse stellt sich als erfolgreich heraus. So seien dadurch beispielsweise der Frauenanteil erhöht und mehr Jüngere erreicht worden. Bei bildungsferneren Schichten in der Bevölkerung sei allerdings eine „aufsuchende Beteiligung“ nötig, um auch sie an politischen Prozessen teilhaben zu lassen. Eine Beteiligung der üblichen Verbände und Interessensgruppen reicht für moderne Bürgerdialoge nicht aus.

Bürgerbeteiligung nach “Spielregeln“ – Voraussetzungen für erfolgreiche Kommunikation über Großprojekte sind gegenseitiger Respekt, Dialogbereitschaft und Kompromissfähigkeit auf Seiten aller Beteiligten. Die Gespräche müssen ergebnisoffen, transparent und sachlich geführt werden. Projekte sind vielfach schon politisch und emotional aufgeladen; in diesem Fall ist es für Kompromisse meist zu spät. Vollständige Einigkeit am Ende eines Dialogs kann allerdings auch kein Erfolgskriterium sein.

Ökonomische Beteiligung schafft Partizipation – Direkte materielle Beteiligung von Bürger_Innen an Infrastrukturprojekten kann zu erheblichen Akzeptanzgewinnen führen, beispielsweise bei Windkraftanlagen oder Stromnetzen. Genauso scheint es von Vorteil zu sein, Einnahmen (z.B. Gewerbesteuer) aus solchen Projekten auch an nicht direkt betroffene Nachbarkommunen zu verteilen. „Verlierer“ und „Gewinner“ - auch bei Bürgerbeteiligung - wird es aber auch weiterhin bei Großprojekten geben. Deshalb müssen regionale und lokale Chancen der Projekte frühzeitig kommuniziert werden.

Bundesweite Roadmaps bei Großprojekten – Eine übergreifende Unterstützung von der Bundesebene scheint bei wichtigen Großprojekten, welche Regionen besonders fordern (z.B. Pumpspeicherseen oder Übertragungsnetztrassen), nötig. Das gilt aber auch für kleinere Projekte, die gerne für verzichtbar gehalten werden mit Verweis auf Ersatz an anderer Stelle. Die Erfahrung zeigt: Je kleiner ein Projekt, desto schwieriger seine Begründung.

Lokale Kompensationen ermöglichen – Im rechtlich akzeptablen Rahmen sollten bei großen Infrastrukturprojekten auch Kompensationen erlaubt sein, etwa Kindergärten oder Sportstätten. Hier sollte die Verwaltung Flexibilität zeigen.

Befürworter von Großprojekten aktivieren – Wünschenswert wäre in den Augen der Teilnehmer_Innen des Workshops auch, Befürworter von Großprojekten zu motivieren, sich in die Diskussionsprozesse einzubringen. Zwar werde die Protestkultur erfahrungsgemäß überwiegen. Zu einem vollständigen Bild und einer kompetenten Bürgerbeteiligung gehörten aber die Stimmen von allen betroffenen Seiten.